
Presseinformation Nr. 965

11. September 2007

OTTO/WAITZ:
Dringender Handlungsbedarf nach
Rundfunkgebührenurteil

BERLIN. Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes erklären die Medienexperten der FDP-Bundestagsfraktion Hans-Joachim OTTO und Christoph WAITZ:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) zur jüngsten Festsetzung der Höhe der Rundfunkgebühren offenbart den dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Je staatsferner die Festsetzung der Rundfunkgebühr erfolgt, desto präziser müssen die Definition und auch die Grenzen des öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrags gestaltet werden. Nur wenn klar ist, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk leisten soll und was nicht, ist eine staatsferne Gebührenfestsetzung für jeden nachvollziehbar und transparent.

Die Bundesländer müssen jetzt endlich handeln und im Einklang mit Vorgaben der EU-Kommission einen präzisen öffentlich-rechtlichen Funktionsauftrag im Rundfunkstaatsvertrag verankern und insbesondere die Bereiche Kultur, Bildung und Information akzentuieren.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de